

Wandlungen im Denken über wirtschaftliche Krisen

1. Einleitung

Ich möchte meine Bemerkungen mit einer vielleicht überraschenden Feststellung beginnen: Im Gegensatz zu der Ansicht von Laien, die vielfach meinen, die Wirtschaftswissenschaft sei jener Bereich der Geistes- oder Gesellschaftswissenschaften, in dem am präzisesten von Krisen gesprochen wird, haben Krisen *als so bezeichneter Gegenstand* keinen anerkannten Platz im System der Wirtschaftswissenschaft. Es gibt in dieser Disziplin keine spezifischen Methoden, über Krisen nachzudenken und sie zu analysieren. Um mich gegen den Vorwurf abzusichern, dies sei ein völlig subjektiver Eindruck, möchte ich zwei Kronzeugen anführen. In der 1968 erschienenen International Encyclopaedia of the Social Sciences schreibt der Verfasser des Artikels *Crises*: „Crisis is a lay term in search of a scholarly meaning“, und er vergißt bei seiner Aufzählung von Wissenschaften, in denen der Begriff überhaupt benützt wird, die Wirtschaftswissenschaften. Er nennt nur Geschichte, Soziologie, Politik und Psychologie. Offenbar sind diesem sozialwissenschaftlichen Beobachter die Ökonomen als Produzenten und Benützer interessanter Krisenkonzepte nicht mehr aufgefallen. So sieht es 1981 aber auch ein Insider: „The economics profession does not have a framework for dealing with the topic (crisis).“¹

Zugegeben, „Krisen“ spielen bei Marxisten und Neomarxisten noch immer eine große Rolle,² allerdings nur, wenn sie kapitalistische Wirtschaften betrachten. Hinsichtlich ihrer eigenen, den sozialistischen Wirtschaften, verfahren sie nicht anders als „bürgerliche“ Ökonomen mit Bezug auf Marktwirtschaften.

Im allgemeinen vermeiden also Wirtschaftswissenschaftler in ihren Fachdiskussionen den Begriff Krise. Zwar reden sie, wenn sie sich an Laien wenden oder mit Laien diskutieren, durchaus auch von Krisen. Aber dann verzichten sie eben auf eine präzise Argumentation, wie sie beim innerfachlichen Gespräch als erforderlich unterstellt wird.³

So ist es allerdings nicht immer gewesen. Das Denken über Wirtschaftskrisen hat sich in den letzten hundert Jahren wiederholt grundlegend geändert. Krisen hatten einmal einen prominenten Platz in der Wirtschaftswissenschaft.

Es ist, so meine ich, auch für das Gegenwartsverständnis dessen, was man vielfach Krise nennt, hilfreich, sich mit den Gründen zu befassen, die für den Verlust der Geltung der ökonomischen Krisenlehre maßgebend gewesen sind. Auf diesem Fundament bereinigter Kenntnis sollen dann aber auch noch weitere Aspekte des Wandels im Denken über wirtschaftliche Krisen verfolgt werden.

2. Die „Krise im eigentlichen Sinne“ – zur kurzen Geschichte einer Idee

Wie man im 19. Jh. unter Ökonomen von Krisen sprach, kann man einem verbreiteten Fachwörterbuch entnehmen. Es unterschied 1898 einen weiteren und einen engeren Krisenbegriff. „Als *wirtschaftliche Krise im weiteren Sinne* kann man jede zeitweilige Störung des Wirtschaftslebens bezeichnen, durch die ein größerer Kreis von Personen erhebliche Nachteile erleidet.“ Allerdings gab dieser Begriff keinen Anlaß, ihn zu präzisieren und gar in den Mittelpunkt einer Theorie der Krise zu stellen. Zu unterschiedlich waren die Anlässe, die Formen des Ablaufs und die Konsequenzen der Störungen. Schlechte Ernten, Viehseuchen, die Zerrüttung der Staatsfinanzen, eine Papiergeldinflation, die Einführung neuer Techniken – all das konnte als Krise bezeichnet werden. In seinem Aufsatz „Versuch einer Systematik der Wirtschaftskrisen“ hat Werner Sombart der Überzeugung der Fachwelt Ausdruck gegeben, daß es keinen Sinn habe, sich für diese Fälle um eine einheitliche Krisentheorie zu bemühen.⁵

Anders verhielt es sich allerdings mit dem, was das bereits zitierte Wörterbuch „Krisen im engeren oder eigentlichen Sinne“ genannt hat. Sie hatten seit dem ersten Drittel des 19. Jahrhunderts die Aufmerksamkeit der Fachleute auf sich gezogen, die nach und nach Gemeinsamkeiten zwischen den beobachteten Krisen herausarbeiteten. Nach dem schon zitierten Wörterbuch handelte es sich jeweils um „einen Wendepunkt, einen Umschlag von einem Zustand in einen anderen, und zwar von einer aufsteigenden, aber innerlich nicht haltbaren Bewegung zu einem Zusammenbruch.“⁶ So eindrucksvoll stringent dieser Krisenbegriff im Vergleich zu den vielen anderen Verwendungen in Umgang- und Fachsprachen erscheinen mochte: er hatte in der Wirtschaftswissenschaft kein langes Leben. Wissenschaftlicher Fortschritt und tatsächliche Entwicklung von Konjunkturverläufen machten ihn obsolet.

Weil nach den gesammelten Erkenntnissen jede der periodisch auftretenden Krisen notwendig auf die vorhergehende Überreizung folgen mußte, verloren derartige Störungen ihren Charakter als Überraschendes, Außeror-

Wandlungen im Denken über wirtschaftliche Krisen

dentliches. Krisen wurden schließlich als etwas so „Normales“ angesehen wie jede andere Phase des Zyklus, der seit den Arbeiten von Clément Juglar im Mittelpunkt der Forschungen stand. „... sobald man einsieht, daß die ... Kapitalkrise nicht nur *post* hausse, sondern *propter* hausse auftritt, (ist) die Lehre von den ... Krisen ohne die Lehre vom wirtschaftlichen Aufschwung ebenso unvollständig und deshalb wertlos, wie es etwa eine Darstellung der Wirkungen des Alkohols auf den Organismus wäre, die erst bei den Reaktionszuständen des Katzenjammers einsetzen wollte.“⁷ Damit war die „Krise im eigentlichen Sinne“ theoretisch mediatisiert. Eine besondere Krisentheorie schien überflüssig.

Aber nicht nur theoretische Einsichten, sondern auch die Veränderungen des tatsächlichen Konjunkturverlaufs haben die konjunkturellen Krisen um eine prominente Rolle in der Wirtschaftswissenschaft gebracht. Die konjunkturellen Umbrüche erfolgten am Ende des 19. Jh. und zu Beginn des 20. Jh. nicht mehr so dramatisch wie z.B. 1857 in allen entwickelten Ländern oder 1873 in der Gründerkrise in Zentraleuropa. Möglicherweise lag das daran, daß die Geschäftsleute gelernt hatten, die Wahrscheinlichkeit einer Krise einzukalkulieren. So gerieten die spekulativen Übersteigerungen nicht mehr so ins Grandiose, daß der Krach unvermeidlich wurde. Erwartete Krisen können auch kaum jene panikartigen Reaktionen auslösen, die frühere Krisen gekennzeichnet und die Dinge dann noch verschlimmert hatten. – Jedenfalls stritt man sich im Kreise der Gelehrten schon um die Jahrhundertwende, ob die oberen Wendepunkte der Zyklen überhaupt noch den Namen „Krise“ verdienen. Die Entscheidung darüber wurde mehr zur Sache des Geschmacks als des fachlich begründbaren Urteils.

Als Werner Sombart in dem zitierten Aufsatz forderte, „die Krisentheorie muß zu einer Theorie der Konjunktur erweitert werden“, war die Umorientierung freilich schon einige Zeit im Gange. Das kam jedoch nicht sogleich in den Titeln der Bücher zum Ausdruck. Selbst Autoren, die bereits die Wellenbewegung, den Zyklus, in den Vordergrund stellten, gaben ihren Veröffentlichungen noch Titel, in denen als ihr Gegenstand die Krisen bezeichnet wurden (so vornehmlich in Frankreich, kaum mehr in England und Amerika). Joseph Schumpeter hat in diesem Zusammenhang von einem „terminologischen lag“ gesprochen,⁸ eine in der Geschichte der Wirtschaftswissenschaft nicht seltene Erscheinung.

Krisen mit massierten Zusammenbrüchen und allgemeiner Panik schienen tatsächlich verschwunden zu sein.⁹ Auch die „Weltwirtschaftskrise“ oder – englisch – die „Great Depression“ begann nicht mit einer typischen Krise alten Stils. Zwar verbindet das Publikum und vielfach auch der historisch nicht gebildete Wirtschaftswissenschaftler noch heute mit dieser Katastrophe die

Vorstellung, sie habe ihren Ausgang von dem Krach an der New Yorker Börse im Oktober 1929 genommen und sei gleichsam der Typ einer Krise der Marktwirtschaft. Aber das ist so nicht richtig. Der Abschwung war in mehreren Ländern bereits längere Zeit im Gange, hatte auch in den USA schon vorher eingesetzt. Und andererseits blieb der Börsensturz in New York ein vergleichsweise isoliertes Zusammenbruchphänomen, dem sogar noch einmal rasche Kurssteigerungen gefolgt sind. Nichts von den in früheren Umbruchkrisen üblichen massierten Firmenzusammenbrüchen fand im direkten zeitlichen Zusammenhang im Verlauf des vierten Quartals 1929 und im ersten Halbjahr 1930 statt. Aber der konjunkturelle Abschwung entwickelte sich weiter und weiter. Die großen Kreditklemmen und Zusammenbrüche des Bankensystems kamen in Mitteleuropa erst Mitte 1931 als Folge eines langen Deflationsprozesses, gerade nicht als Folge einer vorhergehenden Übersteigerung. Nein, auch und gerade der absonderliche Verlauf der Großen Depression veranlaßte die Ökonomen nicht, den Begriff der „Krise im eigentlichen Sinne“, abgehoben von Abschwung und Depression, wiederzubeleben. 1939 entschied Joseph Schumpeter, im Rahmen seines bedeutenden Werkes zur Konjunkturanalyse „dem Ausdruck Krise keinerlei technische Bedeutung bei(zu)legen.“¹⁰ Dabei ist es in den Wirtschaftswissenschaften bis heute geblieben.

3. Ein zweites Beispiel für die theoretische Mediatisierung eines Krisensyndroms

Für den soeben beschriebenen Vorgang der Mediatisierung der Krisenidee, ihrer Ein- und Verarbeitung im Rahmen eines umfassenderen theoretischen Modells, scheint uns die Gegenwart ein weiteres Beispiel zu liefern. Ist es nicht auffällig, wie häufig man sich in den letzten Jahren bei dem Versuch, die neue „Wirtschaftskrise“ der siebziger und frühen achtziger Jahre zu verstehen, auf das Konzept der langen Wellen bezogen hat, das mit dem Namen des russischen Ökonomen N. Kondratieff (1892-1930?) verbunden ist?¹¹

Ogleich sich die Vertreter der Wellentheorie noch immer nicht haben einigen können, welches die Gründe für das behauptete Phänomen sein sollen, sind sie doch vereint in der Vorstellung, daß das, was viele eine Krise nennen, im wesentlichen der absteigende Teil der charakteristischen langfristigen Wellenbewegung ist. Dem wird sich, so wäre wohl zu folgern, gleichsam folgerichtig wieder ein aufsteigender Teil anschließen. Wiederum also keine „offene Zukunft“ für die Krise, gar eine tödliche Gefahr.

Wie schon einmal vor 80 Jahren, wird damit ein znnächst abnorm

erscheinendes und schon deshalb vielfach als störend, ja krisenhaft empfundenen Phänomen eingefangen in ein Muster der Normalität. Damit wird es zumindest in der Theorie, vermutlich aber auch darüber hinaus, um seine spezielle Krisenproblematik gebracht. Krisen, die der Wirtschaftswissenschaftler genau definieren und auch im Rahmen einer allgemeinen Theorie als Regelphänomene erklären kann, sind wohl keine wirklichen Krisen mehr. Jedenfalls scheint die Wirtschaftswissenschaft auch durch die neuen Erscheinungen nicht herausgefordert, ihre alten Entscheidungen zu revidieren und dem Ausdruck Krise wieder eine technische Bedeutung beizumessen.

4. Der umgangssprachliche Krisenbegriff: Wirtschaftskrise im weiteren Sinne

Es wäre gewiß töricht, aufgrund der Tatsache, daß die Wissenschaftler das Wort in ihren fachwissenschaftlichen Diskussionen kaum verwenden, zu fordern, es aus dem gesellschaftlichen Leben zu eliminieren. Zugegeben, der Begriff Krise wird immer ein vager Begriff bleiben, dessen Bedeutung nicht eindeutig festgelegt werden kann. Wie hatte doch das Wörterbuch der Volkswirtschaft 1898 die „Krise im weiteren Sinne“ definiert? „Als Krise im weiteren Sinne kann man jede zeitweilige Störung des Wirtschaftslebens bezeichnen, durch die ein größerer Kreis von Personen erhebliche Nachteile erleidet.“ Wann ist der Personenkreis ein größerer? Welche Art Nachteile sollen zählen? Und von welchem Umfang an wollen wir diese Nachteile erheblich nennen? Urteile über solche Krisenmerkmale sind ständig im Fluß gewesen und werden es bleiben.

Doch kommt das gesellschaftliche Leben ohne vage Begriffe nicht aus. Auch wenn die Kunstwissenschaft nicht Schönheit, die Medizin nicht Gesundheit und die Wirtschaftswissenschaft nicht die Krise definieren können, erfüllen solche vagen Prädikate im Sprachgebrauch wichtige Funktionen. Ihr gemeinsames Merkmal ist, daß sie möglicherweise nichts Genaueres über die Sache aussagen, immer aber etwas über den Sprecher, über seine Wahrnehmung der Dinge ... und möglicherweise auch über seine Absichten.

Wer etwas als schön bezeichnet, beschreibt nicht nur den Gegenstand, sondern auch (und vielleicht sogar mehr) sich selbst. Wer eine Wirtschaftslage als Krise bezeichnet, beschreibt ebenfalls nicht nur diese Lage, sondern auch sich selbst. Er beschreibt seine eigenen Urteile und – falls er Politiker ist – oft auch seine Absichten. Der umgangssprachliche Begriff Krise ist ein

selbstreferentieller Begriff, der in erheblichem Maße durch einen appellativen, ja agitatorischen Charakter gekennzeichnet ist. *Wie* Wirtschaftskrisen definiert werden, hängt deshalb nicht zuletzt davon ab, *wer* sie definiert.

Wer von einer Krise spricht, ist in der Regel bereit, außerordentliche Maßnahmen zu erwarten und hinzunehmen. Krisen werden förmlich erklärt oder ausgerufen. Die Erklärung des Krisenzustandes ist dann in der Regel verbunden mit der Aufforderung zu außerordentlichem Handeln. Vielleicht ist gar derjenige, der die Krise ausruft, selbst zu solchem Handeln entschlossen und wünscht seine Maßnahmen auf diese Weise zu legitimieren. Aber andere mögen diese Handlungen vielleicht nicht – oder sie mögen nicht, daß gerade derjenige handelt, um den es geht. Dam liegt es nahe, daß die gleiche objektive Situation anders definiert, ihr zumindest der Krisencharakter abgesprochen wird.

Der Begriff Krise ist unvermeidlich ein politisches Instrument. In dem Maße, in dem die nichtmarxistischen Wirtschaftswissenschaften dem Modell der Naturwissenschaften nacheiferten, mußten sie folgerichtig auf den Krisenbegriff verzichten. In der marxistischen Politischen Ökonomie, die sich offen zur Parteilichkeit dieser Wissenschaft bekennt, hat der Krisenbegriff seine politische Rolle (der De-Legitimierung des Kapitalismus) ganz ausdrücklich weitergespielt.¹² Seine theoretische Eignung ist aber auch hier, sogar unter sowjetischen Ökonomen, immer wieder in Zweifel gezogen worden.¹³ Es ist jedenfalls nicht verwunderlich, warum über das, was im konkreten Fall Krise heißen soll, regelmäßig Streit ausbricht. Das liegt am Wesen der Sache.

5. Wirtschaftskrisen: Pathologie oder charakteristisches Element der Wirtschaftsentwicklung?

Neben der zuvor angesprochenen Frage, was das jeweils ist, was Krise genannt worden ist bzw. genannt wird, ist eine andere Frage von besonderem Interesse: Was bedeuten die „Störungen“ krisenhaften Charakters im Wirtschaftsleben? Wie haben sich die Menschen zu ihnen zu stellen?

Auch hier hat ein beträchtlicher Wandel im Denken über Wirtschaftskrisen stattgefunden. Das soll im folgenden in Hinblick auf konjunkturelle Krisen beschrieben werden, gilt aber – mit Abwandlungen – auch für sogenannte strukturelle Krisen. Als „konjunkturelle Krise“ soll im folgenden in Übereinstimmung mit der umgangssprachlichen Praxis jene Phase im Zyklus verstanden werden, die die Ökonomen als Abschwung, Wachstumsstockung, Rezession, Depression, Niedergang, Kontraktion, Unterbeschäftigung usw. bezeichnet haben.

Bis über die Wende vom 19. zum 20. Jh. hinweg haben die meisten Ökonomen die von Zeit zu Zeit auftretenden Stockungen im Wirtschaftsprozeß – wie das auch im Begriff „Störung“ liegt – als eine Art pathologisches Phänomen betrachtet. Es war allenfalls tröstlich zu wissen, daß sich die Dinge offenkundig immer wieder von selbst korrigierten und daß die Perioden des größeren Elends nicht lange anhielten. So mochte man sie tolerieren, um so mehr, als die Sozialpolitik nach und nach ein immer größeres Instrumentarium entwickelte, um bei den Schwächeren die Härten zu mildern.

Es gab aber auch eine andere Theorie und mit ihr einen überzeugenderen Grund, die damaligen Wirtschaftskrisen zu tolerieren. Karl Marx wohl als erster, aber auch liberale Autoren hatten nämlich erkannt, daß Zyklen keine unwesentliche Begleiterscheinung des (kapitalistischen) Wachstumsprozesses waren, sondern daß dieser Prozeß sich nur als ein unetwiger vollziehen konnte. Diese Anschauung wurde auf verschiedene Weise begründet. Darauf kann hier nicht eingegangen werden. Wichtig ist, in unserer Zusammenfassung, daß in einem solchen Fall das Urteil, Krisen wären etwas „Pathologisches“, jeglichen Sinn verliert. Wenn eine stetige Entwicklung ohne Krisen nicht beobachtet werden kann, ja theoretisch unmöglich scheint, können die Stockungen nicht mehr als „Störungen“ im eigentlichen Sinne betrachtet werden, ohne sie bliebe – so die Theorie – der kapitalistische Wachstumsprozeß als solcher aus! Schumpeter hat das in ein einleuchtendes Bild gekleidet. Er sprach davon, daß es nicht möglich sei, die Konjunkturzyklen aus dem Körper herauszuoperieren, wie man Rachenmandeln entfernen kann; Krisen gehören zum Organismus wie der Herzschlag.¹⁴ Mit einem anderen Begriff Schumpeters können wir sie als Beispiele des Prozesses schöpferischer Zerstörung interpretieren, der den kapitalistischen Wachstumsprozeß kennzeichnet.

Tatsächlich haben sich bis zur Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre alle Wirtschaftskrisen (im weiteren Sinne des Begriffs) als vorübergehende Erscheinungen erwiesen, die, nachdem sie ihr Zerstörungswerk getan haben, ohne Hilfe von staatlicher Seite jeweils durch einen neuen Aufschwung überwunden worden sind. Die These von der „Reinigungsfunktion der Krise“ hatte also die Erfahrung für sich. In den zwanziger Jahren ist sie von den Wirtschaftswissenschaftlern recht weitgehend akzeptiert worden.

Darauf ist es wohl auch zurückzuführen, daß nicht wenige Fachleute und Politiker die 1928/29 einsetzende Kontraktion, aus der sich die Große Depression entwickeln sollte, zunächst sogar begrüßt haben. Sie hielten angesichts zahlreicher offenkundiger Disparitäten in den nationalen Wirtschaften und in der Weltwirtschaft einen Rückschlag sogar für notwendig. Erst 1931, vor allem nach dem Zusammenbruch der Kreditstrukturen in Zentraleuropa und nach dem Zusammenbruch der Weltwährungsordnung des Golddevisen-

standards, als die Arbeitslosenzahlen überall nie zuvor bekannte Größen erreichten, kamen mehr und mehr Wirtschaftswissenschaftler und Praktiker auf die Idee, daß diese Krise ganz anders als ihre Vorgänger verlief – und daß sie keine Funktion mehr haben könnte.

In der Wirtschaftswissenschaft ereignete sich nun ein erstaunlich rascher Abbau des Paradigmas vom Zyklus und der Notwendigkeit von Krisen - mit weitreichenden Konsequenzen. Es war vor allem J. M. Keynes, der hierzu entscheidende Beiträge geliefert hat. In seiner 1936 veröffentlichten „General Theory of Employment, Interest and Money“ ist nichts mehr von dem enthalten, was der traditionellen Vorstellung von einer Theorie des Konjunkturzyklus entsprach. Keynes' zentrale Botschaft war das Ende der Selbststeuerung der wirtschaftlichen Entwicklung durch den Prozeß zyklischer Schwankungen. Er begründete eine bis dahin undenkbare These, daß nämlich die Wirtschaft mit großer Wahrscheinlichkeit zu einem Gleichgewicht bei unfreiwilliger Unterbeschäftigung tendiere. Wie der Begriff Gleichgewicht sagt, könne sich die Wirtschaft nicht von selbst aus diesem Zustand befreien. Es sei Aufgabe des Staates, statt der fehlenden Selbstheilungskräfte tätig zu werden.¹⁵

Es war allerdings die „List der Ideen“ von Keynes, daß sich die an sich ja pessimistische Vorstellung von der Unfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft, zu Vollbeschäftigung zu gelangen, in eine optimistische Perspektive verwandeln ließ. Weil und insoweit man unterstellte, daß es den wirtschaftspolitischen Instanzen gelingen werde, die identifizierten Nachfragerlücken jederzeit zu schließen, sollte eine konjunkturfreie Entwicklung ohne Massenarbeitslosigkeit möglich sein. An die Stelle der Vorstellung der Unvermeidlichkeit, ja Notwendigkeit zyklischer Schwankungen trat nach den dreißiger Jahren das neue Paradigma des stabilen Wachstumspfad. Es gründete sich auf die Erwartung, es werde den Regierenden bei Einsicht und gutem Willen immer gelingen, eine hohe Beschäftigung zu garantieren. Abweichungen vom Idealpfad wurden als Politikfehler diagnostiziert – und nicht selten bei demokratischen Wahlen mit dem Verlust der Macht bestraft.

Schnell haben die Wirtschaftswissenschaftler und das allgemeine Publikum vergessen, daß die Weltwirtschaftskrise ein bis dahin einmaliges Ereignis gewesen ist. Es hätte so nahe gelegen, sie in ihrer Schwere auf das Zusammenwirken der klassischen Instabilität des Systems mit einer Serie einmaliger Ereignisse (auch infolge des Ersten Weltkriegs und der institutionalisierten Nachkriegswirtschaftsordnung) zurückzuführen. Statt dessen hat die Theorie diesen Gesichtspunkt zunächst aus dem Auge verloren. Und die Praktiker folgten dem. Indem Keynes eine theoretisch scheinbar vollständig befriedi-

gende Erklärung für die Massenarbeitslosigkeit zu geben vermochte, wurde aus einem bis dahin einmaligen Ereignis eine gleichsam typische Gefahr der modernen Wirtschaft. Aus dem theoretisch kraftvoll begründeten Gefahrenbild wurde die Folgerung gezogen, daß der Staat möglichen rezessiven Tendenzen schon im ersten Stadium zu begegnen, ja ihnen vorzubeugen habe.

A. Leijonhufvud, ein in den USA lehrender norwegischer Ökonom, hat darauf aufmerksam gemacht, daß die Wirtschaftswissenschaftler seit der Weltwirtschaftskrise die gesamte wirtschaftliche Entwicklung vom „Ausnahmefall“ her interpretiert haben, so als ob jemand die Theorie seefahrender Schiffe vornehmlich auf die Situation eines gekenterten, aber noch kieloben schwimmenden Schiffes und seines unglücklichen neuen „Gleichgewichts“ konzentrieren würde.¹⁶ In aller Regel kentern Schiffe aber nicht, insbesondere dann nicht, wenn der Kapitän den Kurs so festlegt, daß das Schiff auf die Kräfte, die auf es einwirken, mit „zyklischen Bewegungen“ reagieren kann. Damit werden gerade die störenden Kräfte absorbiert. Daß wirtschaftliche Krisen vor der Weltwirtschaftskrise nicht zu Katastrophen geführt haben, wollte man nach der Weltwirtschaftskrise kaum noch glauben.

Wenn man aber Wirtschaftskrisen vornehmlich als mit dem Risiko gesamtgesellschaftlicher Katastrophen behaftet deutet, kann man ihnen in der Tat keine Funktion mehr zuschreiben. Dann sind sie nur noch pathologisch, Herausforderungen an die Politiker – oder an die Systemveränderer. Folgerichtig wurde im Schatten der Großen Krise ein umfangreiches Instrumentarium weiter entwickelt, das bei vermeintlich oder tatsächlich kritischen Situationen eingriffsbereit sein sollte – und ja auch nach dem Zweiten Weltkrieg in fast allen marktwirtschaftlichen Industriestaaten eingesetzt worden ist.¹⁷

Die wirtschaftliche Entwicklung in den fünfziger und sechziger Jahren hat dann selbst die Vertreter der sogenannten „Neuen Wirtschaftslehre“¹⁸ überrascht. Die Stabilitätserfolge erwiesen sich sogar als noch weit größer, als sich Keynes hat träumen lassen. Dieser war – nebenbei bemerkt – noch 1937 keineswegs sehr optimistisch hinsichtlich der Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit in England, die damals noch über 12 Prozent betrug, wesentlich zu vermindern.¹⁹ Im Verlauf des Krieges wurde er aber zuversichtlicher und hielt eine Arbeitslosenquote von weniger als fünf Prozent für erreichbar. In Wahrheit lagen dann die Arbeitslosenquoten in Großbritannien vom Kriegsende bis um 1970 herum stets unter 2,5 Prozent, in der Bundesrepublik Deutschland gar lange Zeit bei 1 Prozent und darunter. Statt daß dieser „Übererfolg“ die Anhänger der Globalsteuerung zu genauerem Nachdenken darüber veranlaßt hat, ob nicht möglicherweise ganz andere Ursachen die anhaltende Knappheit von Arbeitskräften bewirkt haben könnten, zeigten

Wirtschaftswissenschaftler einen beträchtlichen Stolz auf ihre Steuerungsleistung. Man behauptete nun, die Wissenschaft habe den Zyklus überwunden und stetiges Wachstum möglich gemacht.

Selten ist eine wissenschaftliche Behauptung so schnell von Politikern übernommen worden und hat so rasch den Status einer selbstverständlichen Wahrheit erlangt. In der Bundesrepublik Deutschland legte z.B. ein 1967 beschlossenes Gesetz den politischen Instanzen die Pflicht auf, ein „angemessenes und *stetiges Wachstum*“ herbeizuführen. In diesem Zusammenhang wurden auch geringfügige Abschwünge nicht mehr als Signal und Folge struktureller Ungleichgewichte, gar als eine Methode ihrer Beseitigung verstanden, sondern als Beweis für die Unfähigkeit oder gar Unwilligkeit der politisch Verantwortlichen, ihren Pflichten nachzukommen. Nachdem Regierungen immer häufiger das stetige Wachstum bei Vollbeschäftigung versprochen hatten (noch lautstärker vielfach die jeweilige Opposition), setzten sich die Politiker selbst einem starken Druck aus, das Versprechen auch zu halten.

Was aber niemand vorausgesehen hat, war die Tatsache, daß das Versprechen, für stetiges Wachstum sorgen zu wollen und auch zu können, die politische Lage erheblich verändert hat - und dadurch die Einlösung des Versprechens selbst erschwerte. Die Gründe können hier nur oberflächlich skizziert werden. Doch muß wenigstens in Umrissen deutlich werden, warum gerade aus der doch so wünschenswerten Vermeidung von (konjunkturellen) Krisen schließlich eine viel komplexere Krise hervorgegangen ist. Das Versprechen stabilen Wachstums änderte nämlich die private und die öffentliche Moral der Wirtschaftenden. Konsumenten, Produzenten, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Finanzminister, Parlamente, die sich an die nicht nur versprochene, sondern zunächst tatsächlich weitgehend krisenfeste Entwicklung gewöhnten, änderten ihre Erwartungen und entsprechend auch ihr Verhalten. Sie setzten weniger und weniger in Rechnung, daß es einmal anders kommen könnte. Stabilität wurde als ein „öffentliches Gut“ betrachtet, das allen gleichsam kostenlos zur Verfügung steht. Solche Güter werden tendenziell im Übermaß genutzt, ja mißbraucht. Beispielsweise haben die Verbände am Arbeitsmarkt bei ihren Auseinandersetzungen über die Lohntarife immer weniger Rücksicht auf die Beschäftigung genommen. Die Beschäftigung schien ja nicht ihr Problem zu sein, sondern das der Politiker, welche Vollbeschäftigung garantiert hatten. Für die Kontrahenten an der „Klassenfront“ und für das innenpolitische Klima war die daraus resultierende hohe Steigerungsrate der Löhne angenehm. Sie hat den Verteilungskonflikt über lange Zeit hinweg entschärft. In gleicher Weise wurden die Unternehmer bei ihren Investitionsplanungen unbedenklicher. Wenn es keine allgemeinen

Wandlungen im Denken über wirtschaftliche Krisen

Krisen mehr geben sollte, schienen die Kapitalrisiken gemindert. Warum also nicht höhere Verschuldungen in Kauf nehmen? Und den Banken ist ja nahezu zur Gewißheit gemacht worden, daß sich Zusammenbrüche wie in den frühen dreißiger Jahren nicht wiederholen sollten, weil die Zentralnotenbank selbstverständlich ihre Funktion als „lender of last resort“ erfüllen würde. Warum also nicht die Eigenkapitalquoten immer weiter absenken?

Es kann hier der komplizierte Vorgang nicht im einzelnen geschildert werden, wie die Politik der Vermeidung krisenhafter Einbrüche um des Vollbeschäftigungszieles willen die Lösung nach und nach schwieriger gestaltet hat, wie die Konflikte nur auf andere Ebenen verschoben bzw. vertagt worden sind. Die Vermeidung von Konjunkturriekschlägen erforderte immer größere Dosen konjunkturtherapeutischer Medizin und führte schließlich weltweit zu einem sich beschleunigenden Inflationsprozeß. Eine Zeit lang glaubte man noch, dies sei nun einmal der Preis, der für Vollbeschäftigung eben zu zahlen sei – als könne die Gesellschaft gleichsam beliebig zwischen verschiedenen Kombinationen von Arbeitslosenquoten und Inflationsraten wählen: höhere Inflationsrate/niedrigere Arbeitslosenquote – und umgekehrt. Aber auch das erwies sich als Illusion. Im Verlauf der siebziger Jahre sind bei tendenziell steigenden Inflationsraten weltweit auch die Arbeitslosenquoten angestiegen.

Nünmehr wurde klar, daß es die früher behauptete Wahl zwischen den Übeln nicht mehr gab. Ein neuer Krisentyp hatte sich herausgebildet, die „Stagflation“ (Stagnation + Inflation). Weil das inzwischen erreichte Inflations-tempo, ohne daß es die Arbeitslosigkeit unter einen kritischen Wert gesenkt hätte, selbst ein Element der politischen Destabilisierung in den betroffenen Staaten geworden war, weil es hohe Staatszwecke heftigen Gefahren aussetzte, bekam in den führenden Industrieländern die Inflationsbekämpfung Vorrang. Unvermeidlich mußte die Bekämpfung der Inflation auf eine Lähmung der wirtschaftlichen Aktivitäten und damit auch auf mehr Arbeitslosigkeit hinauslaufen. Dessen waren sich die Wirtschaftspolitiker in den Zentralbanken und in den Regierungen auch hewußt. Eine schmerzfreie Enttäuschung von Inflationserwartungen gibt es nicht. Aber man rechnete damit, daß die Politik der Senkung der Inflationsraten schließlich der Wiederherstellung günstigerer Konstellationen und damit auch – nach der Stabilisierungskrise – einer längerfristig höheren Beschäftigung dienlich sein sollte.

Der Vorgang ist von enormer Bedeutung. Wieder einmal ist ein Wandel im Denken über Wirtschaftskrisen eingetreten. Freilich formuliert man das nicht gerne so. Aber es wird seither doch wieder für möglich gehalten, daß Wirtschaftskrisen eine Funktion haben können. Dem scheinen inzwischen

auch viele Wirtschaftswissenschaftler zuzuneigen. Jedoch sind die meisten wohl noch nicht bereit, diese Position auch so entschieden zu vertreten, wie es früher Joseph Schumpeter getan hat oder wie es marxistische und neo-marxistische Autoren nach wie vor zu betonen pflegen. Im Ergebnis ähnlich wie Marx, aber in der Begründung auch auf Ergebnisse neuerer Entwicklungen der „bürgerlichen“ Ökonomie eingehend, formulierte so jüngst in einer deutschen Fachzeitschrift der Regensburger Volkswirt Winfried Vogt: „Die ökonomische Krise hat die Funktion, die Bedingungen des ökonomischen Gleichgewichts zu sichern.“²⁰

Jedoch gibt es inzwischen Anzeichen dafür, daß auch „bürgerliche“ Wissenschaftler den Sinn von Krisen neuerlich theoretisch zu begründen suchen und die zyklische Instabilität ausdrücklich nicht primär als Insuffizienz des Systems, sondern als eine notwendige Voraussetzung für die dynamischen Eigenschaften des marktwirtschaftlichen Systems begreifen. Der seinerzeit in Bern lehrende Carl Christian von Weizsäcker leitete in einem leider unveröffentlicht gebliebenen Diskussionspapier aus einer Betrachtung der Funktionen von Krisen ihre Unvermeidlichkeit ab (wohlgernekt im theoretischen Sinne). Nach seiner Hypothese müssen die Zukünfte für die Investoren notwendigerweise mit Unsicherheiten versehen sein, will man nicht Überreaktionen in Kauf nehmen, die das System unter Uraständen explodieren lassen.²¹

6. Eine Parabel über kleine Krisen und das wachsende Potential großer Krisen

Vielleicht ist es hilfreich (und erlaubt), das hier beschriebene Problem verallgemeinernd anhand einer Analogie zu beschreiben:

Waldbrände haben in Teilen der USA und Australiens immer wieder eine verheerende Rolle gespielt. Deshalb hat man die Technik der Erkennung und Bekämpfung von Waldbränden immer weiter verbessert. Man hatte auch Erfolg. Jedoch beobachtete man nach längerer Zeit ohne nennenswerte Brände dann plötzlich solche von einer Art, wie man sie zuvor nicht gesehen hatte, Riesenflächenbrände ungeheurer Intensität, gegen die man machtlos war. Anders als bei früheren Bränden erneuerte sich nach solchen Bränden auch das Biotop nicht mehr. Die Pflanzen- und Tierwelt blieb tot, während sie nach den früheren Waldbränden sich in der Regel rasch wieder belebt hatte. Was war geschehen?

Indem man die vielen mehr oder weniger kleinen, jedenfalls nur Teile des Waldbestandes erfassenden Brände verhindert hat, hat man dazu beigetragen,

Wandlungen im Denken über wirtschaftliche Krisen

daß sich in der großen Fläche nach und nach große Mengen brennbaren Materials ansammelten. Und als dieser Brennstoff einmal entzündet war, ließ sich nichts mehr dagegen unternehmen. Nach diesen Bränden konnten auch nicht wieder Tiere aus den nahegelegenen, wegen früherer Brände verschonten Wäldern zuwandern. Auch konnte von dort her nicht wieder die Besamung der abgebrannten (und zugleich gedüngten) Flächen erfolgen. Die abgebrannten Flächen erholten sich nicht mehr. Jetzt erkannte man, daß die früher kleinräumigen Waldbrände auch eine Funktion gehabt haben.

Inzwischen hat man aus diesen Erfahrungen schon Folgerungen zu ziehen versucht. Man begann sogar, systematisch lokale Brände zu legen, um ein gleichsam historisches Muster unterschiedlicher Betroffenheit zu erzeugen, welches das Gesamtrisiko der großen Katastrophe vermindern soll.

Ich bin weit davon entfernt, aus dem Vergleich mit Waldbränden die Folgerung zu ziehen, wir sollten nun ebenfalls rechtzeitig kleine Wirtschaftskrisen systematisch herbeiführen. Dafür fehlt uns sicherlich das erforderliche Wissen und die Steuerungsfähigkeit für so komplizierte Prozesse. Man sollte nicht dem einen Mythos der Machbarkeit (stetigen Wachstums) einen anderen Mythos der Machbarkeit folgen lassen. Auch möchte ich davor warnen, aus der hier angedeuteten „Funktionalität“ von konjunkturellen Krisen unbedingt auf einen optimistischen Krisenbegriff zu schließen. Krisen können positive Funktionen haben. Aber es ist nicht gesichert, daß sie diese Funktion auch erfüllen. Inmerhin lehrte eine lange Geschichte von Krisen, daß die Wirtschaftsgesellschaften im allgemeinen recht stabil sind, wenn aus Krisen Folgerungen im Hinblick auf die Korrektur struktureller Verwerfungen gezogen werden.

Zusammenfassend scheint es mir bemerkenswert zu sein, daß sich unter Wirtschaftswissenschaftlern das Denken über den Sinn von Krisen wieder dem annähert, was man vor der Weltwirtschaftskrise für gewiß gehalten hat. Sie werden nicht mehr wie nach der Weltwirtschaftskrise bis in die siebziger Jahre hinein vornehmlich als pathologische Befunde interpretiert. Man könnte freilich auch den Verdacht äußern, die Ökonomen machten aus der Not eine Tugend und wollen sich und die staatliche Wirtschaftspolitik aus der Verantwortung stehlen. Gänzlich von der Hand zu weisen ist das wohl nicht. Doch ändert der Verdacht nichts am Wesen der Sache, daß offenbar zur Erhaltung der Stabilität sozialökonomischer Systeme gelegentlich massierte Enttäuschungen von allzu sicher gewordenen Erwartungen nötig werden.

7. Krise an sich und Krise für sich

Aus den Bemerkungen in den Abschnitten 5 und 6 darf nicht die Folgerung gezogen werden, es gäbe im Gegensatz zu dem, was zuvor ausgeführt worden ist, nun doch einen eindeutigen Krisenbegriff. Möglicherweise ließe sich alles dort zur Frage von Pathologie und Normalität wirtschaftlicher Entwicklungen Ausgeführte auch abhandeln, ohne den Begriff Krise überhaupt zu benutzen. Man könnte es auch beim Begriff „Störung“ belassen oder die dem Konjunkturforscher vertrauten Begriffe Abschwung, Rezession, Depression verwenden. Allerdings: Irgend etwas wichtiges scheint dann doch zu fehlen. Das Fehlende klarer zu bezeichnen, soll die Aufgabe dieses Abschnitts sein.

Untersucht man die Geschichte von Phänomenen, die von verständigen Menschen als Wirtschaftskrisen bezeichnet worden sind, so stößt man auf ein eigenartliches Problem. Wirtschaftskrisen – gleichgültig ob zyklische oder strukturelle Krisen (wie z.B. die sogenannte Ölkrise, eine Bankenkrise, die Weltschuldenkrise der frühen achtziger Jahre) – können in ihrem Krisencharakter nicht allein durch eindeutige ökonomische Merkmalskonstellationen statischer Art definiert werden. Krise ist in der Regel das, was das Publikum als solche versteht. Wer von Krisen spricht, nimmt eine mehr oder weniger spezifische Sache in einer besonderen Weise wahr; als beobachtender Teilnehmer ist er zugleich handelnder.

Ich habe vor einiger Zeit in Analogie zu der berühmten Definition von Klassen durch Marx (der von Klassen *an sich* und Klassen *für sich* gesprochen hat) angeregt, von Krisen *an sich* und Krisen *für sich* zu sprechen.²² Die Klasse an sich war für Marx allein durch die objektive Stellung der Mitglieder im Produktionsprozeß bestimmt, nämlich durch die Frage, ob die Mitglieder Eigentümer von Produktionsmitteln waren oder nicht. Die so definierte objektive Klassenlage wäre aber in Hinblick auf die betrachteten historischen Prozesse (die nach Marx ja die Geschichte von Klassenkämpfen sein sollten) uninteressant, wenn nicht noch etwas hinzugekommen wäre: das Klassenbewußtsein. Erst das Klassenbewußtsein konstituiert nach Marx die Klasse als historisch kämpfendes Wesen. Es macht Klasse an sich zur Klasse für sich. Ich lasse offen, ob diese Definition in Hinblick auf die Klasse philosophisch tragfähig und empirisch gehaltvoll ist und gar eine Geschichtstheorie stützen kann. In Hinblick auf das Phänomen der Krise scheint mir die Unterscheidung aber heuristisch interessant zu sein.

Entsprechend könnte man als *Krise an sich* Konstellationen von ökonomischen Größen oder Prozessen bezeichnen, die ein sachkundiger Beobachter insoweit als kritisch diagnostiziert, als sie in der vorhandenen Form objektiv

nicht auf Dauer gestellt werden können. (Ich vermeide absichtlich den Begriff Gleichgewicht.) Bei weitem nicht alle kritischen Wirtschaftslagen führen nun zu Krisen im wirklichen Sinne. Ganz im Gegenteil. Die gesellschaftliche Wirtschaft verarbeitet ständig eine große Zahl von zum Teil sehr heftigen Schocks und Disproportionalitäten durch Anpassungsbewegungen und Innovationen in recht undramatischer, lautloser Weise. Die Marktwirtschaft ist geradezu ein System diffuser Lösungen von kritischen Zuständen – bei vergleichsweise geringer Zentralität und Publizität von Interessenkonflikten aller Art.²³ Demgegenüber bedürfen im politischen System Problemlagen immer der ausdrücklichen Artikulation und damit auch der Dramatisierung, jedenfalls in demokratischen Ordnungen. Sie neigen eher dazu, Krisen im wirklichen Sinne, Krisen für sich zu werden.

Nicht bewußt gemachte kritische Konstellationen und ihre Auflösungen sind also keine Krisen im wirklichen Sinne. Sie sind allenfalls Krisen an sich, latente Krisen, um einen anderen Ausdruck zu benützen. Kritische wirtschaftliche Konstellationen werden zu wirklichen Krisen, zu *Krisen für sich*, wenn sie von den Teilnehmern des Prozesses als solche erfahren und bezeichnet werden, wenn Krisenstimmung herrscht, sich Krisenbewußtsein ausbreitet. Das Krisenbewußtsein scheint mir ein Wesenselement einer wirklichen Wirtschaftskrise. Deshalb ist es aber auch so schwer, Krisen im Rahmen streng ökonomischer Theorien zu behandeln. Es ist offenbar kein Zufall, daß alle Wirtschaftskrisen, in denen sich wirklich eine Krisenstimmung ausgebreitet und die gesamte Gesellschaft erfaßt hat, nicht exakt vorausgesagt worden sind. Sie sind immer erst vom Publikum als solche bezeichnet – und zugleich durch sein Verhalten dazu gemacht worden.

Wenn man es so sieht, spielt die Frage der „Angemessenheit“ von Anlaß und Aufregung, von kritischer Situation und Krisenbewußtsein keine entscheidende Rolle für den Krisenbegriff. Gerade die Überempfindlichkeit der Wahrnehmung könnte für den Ablauf von Krisen sehr wichtig werden. Was eine Krise ist, kann deshalb nicht der Zensur der Wirtschaftswissenschaftler unterliegen, wie das in der Ölkrise 1973 versucht worden ist. Obgleich damals viele Wirtschaftswissenschaftler zu Recht das im Grunde nicht gar so Besorgniserregende der Entwicklung diagnostiziert und für diese Ansicht geworben haben, ist in nahezu allen Industriestaaten damals der Energiemangel ausgerufen und sind mehr oder weniger absonderliche Maßnahmen getroffen worden, die das Publikum ausdrücklich verlangt hat. Später hat sich herausgestellt, daß es auch vergleichsweise einfache, geradezu „normale“ Methoden gab, mit dem Problem der Verknappung der Energie kurz- und vor allem mittelfristig fertig zu werden.

Gerade die Übertreibungen der Bedrohung, die Überempfindlichkeiten des Bewußtseins können die eigentlich geschichtsmächtigen Kräfte im Verlauf einer Krise sein. Sie können aus einer mäßigen Rezession einen tiefen Absturz machen. Deshalb publizieren übrigens Konjunkturforschungsinstitute so ungern Vorhersagen von Lageverschlechterungen und suchen Wirtschaftsminister auch in eindeutig schlechten Lagen Optimismus zu verbreiten.

Angst kann auch aus der Beobachtung eines möglicherweise relativ geringfügigen Liquiditätsengpasses an einer Stelle einen allgemeinen Zusammenbruch des Bankensystems folgen lassen. Im Grunde könnte man den Zustand unseres Bankwesens oder der internationalen Kreditbeziehungen immer als latent kritisch bezeichnen. Er beruht nämlich allein auf dem Vertrauen der Einleger in die Sicherheit ihrer Vermögensanlagen. Doch ist es nie gewährleistet, daß jedermann sein Recht, die Einlagen zu den vereinbarten Terminen zurückzufordern, auch wahrnehmen kann, falls dies alle oder nur ein großer Teil der Gläubiger gleichzeitig versuchen sollten. So kritisch also der Zustand unseres Bankwesens demjenigen erscheint, der mit dem Schlimmsten rechnet, so selten sind wirkliche Zusammenbrüche von Banksystemen gewesen. Es bedarf einer Reihe von mobilisierenden Anlässen, damit es zu einer Bankenkrise (oder zu einer Weltschuldenkrise) kommt. Es ist aber bisher nicht gelungen, für die Entwicklung des in diesem Zusammenhang entscheidenden Krisenbewußtseins allgemeine Regeln anzugeben.²⁴ Wir wissen immer erst hinterher, daß irgendwann das Vertrauen in die Sicherheit der Einlagen geschwunden ist und sich daraus schließlich ein Run auf die Banken entwickelt hat, wobei sich an der objektiven Situation gelegentlich nur wenig geändert haben mag.

Auch in bezug auf die konjunkturrellen Krisen mit dramatischem Verlauf, gar Elementen von Panik, wissen wir nicht im voraus, welche Lagen gegebenenfalls vom Publikum als so bedrohlich angesehen werden, daß mit Schreckreaktionen zu rechnen ist. Es gehört zu den größten Überraschungen in der Wirtschaftsgeschichte der letzten Jahrzehnte, daß die objektiv in der Tat wesentlich schlechtere Entwicklung in den siebziger und frühen achtziger Jahren im Vergleich zu Rezessionen in den sechziger Jahren ganz anders wahrgenommen worden ist, als man das vor dem Hintergrund früherer Erfahrungen hätte erwarten sollen. Darum soll es im letzten Abschnitt gehen, um an diesem uns noch sehr nahen Fall zu erläutern, wie schwierig es ist, eine „Krise für sich“ zu diagnostizieren. Aus naheliegenden Gründen steht mir hierbei vor allem das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland vor Augen.

8. Die latente, aber nicht ausgerufene Große Krise

In der Bundesrepublik Deutschland ist nach einer langen Periode der sogenannten Übervollbeschäftigung 1967 die Arbeitslosenquote gegenüber 1966 von 0,7 auf 2,1 Prozent angestiegen. Das wurde von vielen als ein sehr bedrohliches Signal verstanden. Die Regierung konnte sich auf breite Zustimmung stützen, als sie den Krisenzustand ausrief und sich anschickte, das Übel mit Hilfe von Sondervollmachten zu bekämpfen. Legitimiert schien sie nicht zuletzt durch die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise und des Zusammenbruchs der Weimarer Republik. Daß die Demokratie eine höhere Arbeitslosenquote politisch nicht werde aushalten können, schien die entscheidende Lehre der Weltwirtschaftskrise zu sein.

Diese Annahme erweist sich seit der Mitte der siebziger Jahre als falsch. Die Bonner Demokratie ist trotz anhaltender Wirtschaftsmisere nicht in eine Legitimitätskrise gekommen. Allertings wurde von der wirtschaftlichen Lage auch in erstaunlich unterkühlter Form gesprochen. Angst, Krisenbewußtsein im echten Sinne hat es in der Bundesrepublik in politisch signifikanter Form nicht gegeben. Die Ölkrise von 1973/74 hatte ja einen ganz anderen Charakter, war scheinbar ein Werk fremder Mächte, nicht das Resultat von anders kaum auflösbaren politisch-wirtschaftlichen Problemknäueln im Inneren. Immerhin: Nach 1973 wurden die Ziele Vollbeschäftigung, stetiges Wachstum, Preisniveaustabilität weit deutlicher verfehlt als 1966/67. Dennoch konnte kein ähnliches Krisenszenario beobachtet werden wie wenige Jahre zuvor. Warum?

Hierfür werden viele Gründe angeführt – wie es ja überhaupt zum Wesen der Sozialwissenschaften zu gehören scheint, daß sie meist zu viele Erklärungen für bestimmte Phänomene haben als daß es an Erklärungen mangelt. Ich möchte mich in den folgenden stark vereinfachten Thesen auf einige derjenigen Aspekte beschränken, die in unserem Zusammenhang vor allem wichtig sind: auf *Anzeichen eines veränderten Denkens über Krisen*. Dieses veränderte Denken scheint die Entfaltung von Krisenbewußtsein behindert, wenn nicht gar verhindert zu haben.

1. Der Trendwechsel der wirtschaftlichen Entwicklung fiel in der Bundesrepublik und in anderen Industrieländern in den siebziger Jahren in eine Periode, in der gerade die öffentliche Meinung für „Grenzen des Wachstums“ sensibilisiert worden war. Bekanntlich ist in der 1972 veröffentlichten Studie des Club of Rome sogar von einem notwendigen Wachstumsstop die Rede gewesen. Wenn dies auch nicht sogleich von den Massen verstanden und akzeptiert worden ist, so waren doch die Meinungsführer und Meinungsmacher,

die sonst möglicherweise die Verschlechterung der Wirtschaftslage zum Anlaß von Anklagen genommen hätten, zunächst geneigt, eine Änderung im Wachstumstempo hinzunehmen und hierfür geradezu zu werben.

Etwas überspitzt könnte man sagen, daß die damals gerade ausgerufenen Krise der Wachstumsgesellschaft, also speziell die Umweltkrise und die Rohstoff- und Energiekrise, die Entwicklung eines Konjunkturkrisenbewußtseins gehemmt haben. Daran scheint sich bis heute wenig geändert zu haben. Das in der Tat manifeste Bewußtsein, eine Krise der Umwelt zu erleben, hat jedenfalls zur Delegitimierung der sonst zu erwartenden massenhaften Forderungen nach ankurbelnden Maßnahmen, die auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage zielen, beigetragen.

2. Ob und in welchem Umfang das Bewußtsein einer Krise in der Dritten Welt und der Beziehungen zwischen Industrie- und Dritte-Welt-Ländern, also die Perzeption einer ganz anderen Dimension wirtschaftlicher Krisenhaftigkeit, auf die Entwicklung des Bewußtseins von einer Krisenlage innerhalb des Landes dämpfend gewirkt hat, wage ich nicht zu sagen. Theoretisch wäre es vorstellbar, daß die inzwischen verbreitete Kenntnis des Elends in den armen Ländern der Welt zur Relativierung der eigenen Problemlagen beiträgt.

3. Auf etwas sicherem Boden stehen wir hingegen, wenn wir den beachtlichen Wandel in den Einstellungen gegenüber Arbeit und Freizeit betrachten. Die inzwischen verringerte Beschäftigungssicherheit scheint angesichts der in bestimmten Gruppen beobachtbaren Höherschätzung von Freizeit nicht mehr ähnlich stark ins Gewicht zu fallen wie früher, so daß die Arbeitslosenquote als Indikator der gesellschaftlichen Befindlichkeit an Gewicht verloren haben könnte.

4. Von erheblichem Gewicht scheint auch der Umstand zu sein, daß sich inzwischen eine gewisse Ernüchterung über das eingestellt hat, was staatliche Wirtschaftspolitik überhaupt leisten kann. Das unterscheidet die Lage seit den siebziger Jahren von den vorhergehenden Problemlagen fundamental. Die wirtschaftliche Misere der ausgehenden siebziger und frühen achtziger Jahre wird ja verbreitet auf Entwicklungen im internationalen System zurückgeführt, auf die die nationale Wirtschaftspolitik kaum einen Einfluß hat (Ölkrise, amerikanische Hochzinspolitik usw.). Darüber hinaus ist überhaupt das Vertrauen in den Staat als Krisenmanager inzwischen erheblich geringer als noch am Anfang der siebziger Jahre. Ein großer Teil der wirtschaftlichen Schwierigkeiten wird gar auf Fehler der Wirtschaftspolitik zurückgeführt. Deshalb erwarten sich – wie Meinungsumfragen und Wahlergebnisse bestätigt haben – erheblich weniger Menschen als noch vor kurzem die Lösung wirtschaftlicher Schwierigkeiten durch Kompetenzzuweisungen an

den Staat.

In dieser Hinsicht ist der Unterschied gegenüber der Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre besonders auffällig. Die damalige Krise schien ein überzeugender Beleg für das Versagen des privaten Kapitalismus zu sein, wurde jedenfalls in den meisten europäischen Ländern so verstanden. Deshalb konnten damals auch alle möglichen Heilslehren auf Resonanz stoßen, insbesondere auch solche, die die Abschaffung des Kapitalismus verheißen haben. Die entsprechenden Vertreter dieser Lehren hatten allen Anlaß, das Krisenbewußtsein zu artikulieren und gar zu verstärken.

Von solchen Perspektiven kann heute in den westlichen Industrieländern keine Rede sein. Systemüberwindende Programme finden in diesen Ländern kaum Anhang. Das dürfte nicht zuletzt auch auf die Beobachtung von politisch-ökonomischen Krisen in den sozialistischen Ländern zurückzuführen sein, welche ja teilweise einen weit gravierenderen Charakter angenommen haben als die Problemlagen im kapitalistischen System.²⁵

Ich möchte nicht mißverstanden werden, als wollte ich die objektiven Schwierigkeiten in den westlichen Industrieländern oder gar die Weltprobleme übersehen. Aber es scheint in Hinblick auf die gestellte Frage wichtig zu erkennen, daß inzwischen eine andere Art, über wirtschaftliche Problemlagen nachzudenken, das gesellschaftliche Bewußtsein charakterisiert und damit Merkmale eines Krisenbewußtseins nicht hervortreten läßt, die zu einer „Krise für sich“, zu einer wirklichen Krise gehören.

Dafür, daß es so bleibt, haben wir keine Garantie. Auch nicht dafür, daß die tendenzielle Wachstumsverlangsamung gegenüber früheren Jahrzehnten nicht doch noch in einem kumulativen Prozeß nach unten übergeht. Wenn dieser nicht unmögliche, aber auch nicht sehr wahrscheinliche Fall eintreten sollte, könnte sich allerdings auch das Denken über die Krise erheblich ändern, könnten wir noch eine Krise für sich erleben.

9. Zusammenfassung

Es lag nahe, auf einem Kolloquium „Über die Krise“ auch einen Wirtschaftswissenschaftler zu fragen, welchen Beitrag seine Wissenschaft zum Verständnis des Phänomens der Krise leistet. Gerade diese Wissenschaft scheint doch ein großes Erfahrungsgut zu verwalten und sollte inzwischen auch Methoden entwickelt haben, Krisen zu analysieren, sie vorherzusagen und schließlich auch zu ihrer Bewältigung beizutragen. Um so überraschender war vielleicht die Mitteilung, daß Krisen als so bezeichneter Gegenstand keinen systemati-

schen Platz in der Wirtschaftswissenschaft haben. In der wirtschaftswissenschaftlichen Fachliteratur kommt der Begriff nicht häufig vor, und wenn er erscheint, wird er nicht mit einer präzisen Bedeutung versehen, unterscheidet sich also nicht von der umgangssprachlichen Verwendung.

In den ersten Abschnitten des Beitrags ist versucht worden, die Gründe dafür anzugeben, warum die Wirtschaftswissenschaftler einen einmal auch von ihnen sehr geschätzten Begriff ausgebürgert haben. Diese Wandlungen des Denkens über Krisen sind gewiß nicht nur aufschlußreich für denjenigen, der etwas über Krisen lernen will. Die Geschichte des Umgangs einer Wissenschaft mit einem Gegenstand, wie sie ihn bearbeitet und schließlich verarbeitet, sagt auch etwas über diese Wissenschaft aus.

Freilich entscheiden nicht die Spielregeln der Wissenschaft über das reale gesellschaftliche Geschehen. Und mag der Begriff Krise auch in der Wirtschaftswissenschaft keinen systematischen Platz haben, so erweist sich der Begriff Krise, speziell auch „Wirtschaftskrise“ in der Sprache des Tages, in der Politik als unentbehrlich. Diese Spannung auszuloten, war die zweite Absicht. Es sollte dargestellt werden, daß der Begriff Krise notwendigerweise ein politischer, ein Handlungsbegriff ist.

Danach änderte sich die Betrachtungsebene. Nach der Frage, was in der Sprache der Wissenschaft und der Sprache der Politik Krisen sind, wurde gefragt, wie Wissenschaftler sich zu Störungen des Wirtschaftslebens, die zumindest das Publikum Wirtschaftskrisen nennt, stellen. Auch in diesem Zusammenhang ergab sich eine interessante Geschichte von Wandlungen des Denkens über Krisen. Es konnten drei bezeichnende Tendenzwenden ausgemacht werden. Sich über die jeweils herrschende Ansicht im klaren zu sein, ist von großer Bedeutung für ein richtiges „Krisenmanagement“. In der Parabel von den kleinen und großen Waldbränden sollte auf das Problem aufmerksam gemacht werden, daß es möglicherweise katastrophale Folgen hat, allzu häufig und allzu früh den Krisenzustand auszurufen und den doch wirksamen Reinigungsfunktionen von Krisen in den Arm zu fallen.

Schließlich ist, um die Rolle des Denkens über Krisen für diese selbst besonders herauszustellen, die Bedeutung des gesellschaftlichen Krisenbewußtseins betont worden. Begrifflich sollte das in der Unterscheidung von „Krisen an sich“ und „Krisen für sich“ zum Ausdruck kommen. Alle Krisen, die wir kennen, sind erst durch Krisenstimmungen, gar Krisenangst zu eigentlichen Wirtschaftskrisen geworden. Um so wichtiger ist es, den Gründen nachzugehen, von welchen Umständen Krisenstimmungen geprägt werden. Die Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik zeigt jedenfalls, daß das Krisenbewußtsein nicht eindeutig mit dem Ausmaß objektiver Problemlagen

Wandlungen im Denken über wirtschaftliche Krisen

korreliert. 1966/67 haben im längerfristigen Vergleich vergleichsweise geringe Abweichungen von Idealzuständen zum Ausruf einer Krise geführt, während nach 1973 wesentlich größere Abweichungen im kollektiven Bewußtsein kaum zur Mobilisierung eines allgemeinen Krisengefühls beigetragen haben. Ich habe am Schluß versucht, hierfür einige Gründe anzugeben. Tatsächlich scheinen Veränderungen des gesellschaftlichen Bewußtseins eingetreten zu sein, die die Wahrnehmung der „Krise an sich“ so stark beeinflußt haben, daß – bislang – eine „Krise für sich“ jedenfalls in den westlichen Industrieländern nicht diagnostiziert werden kann.

Soll das Ergebnis der vorstehenden Betrachtungen in einem Satz zusammengefaßt werden, so könnte es dieser sein: Wandlungen im Denken über Wirtschaftskrisen sind von unmittelbarer Relevanz gewesen - und werden es vermutlich auch in Zukunft sein. Hierzu könnte vielleicht noch ein Addendum wünschenswert sein: Wandlungen des Denkens sind kaum vorhersagbar; und so wird auch die Zukunft von Wirtschaftskrisen Überraschendes bringen.

Nachwort

Der oben abgedruckte Essay ist 1985 entstanden. Im Rückblick auf die Existenzkrise der sozialistischen Staaten und als Zeuge einer beklemmenden Wirtschaftslage in den westlichen Industriestaaten (einer „Krise an sich“) würde ich das Thema heute anders angehen. Aber das beträfe nur die Architektur, insbesondere die Verteilung der Gewichte einzelner Aussagen und Argumente. Im Prinzip erscheint mir das Gesagte durch die neuesten Erfahrungen eher bestätigt zu sein. Nach wie vor ist die Geschichte des Denkens über wirtschaftliche Krisen lehrreich für den Augenblick.

Natürlich läge es heute nahe, der Entwicklung von Krisenvorstellungen in den kommunistisch-sozialistischen Gesellschaften von 1917 bis 1990 mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Gehört nicht vielleicht das lange durchgehaltene Verbot, im realen Sozialismus Krisen überhaupt für denkbar zu halten, zu den wichtigsten Gründen des Zusammenbruchs? Paßt nicht die „Parabel über kleine Krisen und das wachsende Potential großer Krisen“ (oben Abschnitt 6) auf die planbürokratischen, tendenziell inflexiblen Systeme noch besser als auf die kapitalistische Welt mit ihren Chancen der Unübersichtlichkeit und relativen Autonomie intermediärer Strukturen, die eben kaum gleichzeitig ähnlichen Gefahren ausgesetzt sind?

Dennoch: Spannender ist zur Zeit zu beobachten, wie eine „Krise an sich“, die wir doch vor Augen haben, wahrgenommen wird. Ob es schon eine „Krise

für sich“ gibt (siehe oben Abschnitt 7) und/oder ob die in Abschnitt 8 genannten Gründe dafür, daß die Große Krise nicht ausgerufen worden ist, auch jetzt noch Erklärungskraft haben? Es verdient Aufmerksamkeit, wie unwidersprochen Angehörige der wirtschaftlichen und politischen Führungskader die Funktionalität der Krise als „Reinigungskrise“ betonen können und die Krise wieder einmal eine Chance bietet, förderlichen Wandel herbeizuführen... ganz im Sinne früherer, vorkeynesianischer Lehren. Zur Zeit scheint mir schwer anzumachen, ob – aufs Ganze gesehen – im „Krisenbewußtsein“ das Gefühl der Bedrohung das Übergewicht hat oder die Perspektive der heilenden, der produktiven Funktion. Wird eines der beiden übermächtig, wäre die Selbsterfüllung der entsprechenden Prognose wahrscheinlich. Aber insgesamt eignet sich die Krisenanfälligkeit des kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Systems nicht mehr als Argument für systemüberwindende Konzepte. Ein weiterer Schritt im Denken über wirtschaftliche Krisen scheint getan.

- 1 P. Wachtel (Hrsg.), *Crisis in the Economic and Financial Structure*. Lexington, Mass. 1982, S. XI.
- 2 Daß „Krise“ nur in der Politischen Ökonomie von Marxisten einen Platz hatte, wird ausdrücklich erwähnt in P. Kenway, „Crises“, in: *The New Palgrave. A Dictionary of Economics*. Bd. I, London-New York-Tokyo 1987, S. 724-726.
- 3 Nur nebenbei kann auf die Tatsache hingewiesen werden, daß es offenbar auch Unterschiede im Gebrauch des Begriffs „Krise“ in verschiedenen Sprachen gibt. Wirtschaftswissenschaftler, die in romanischen Sprachen schreiben, benutzen diesen Begriff häufiger als solche, die in Englisch publizieren. Sind unter den englisch-schreibenden Wissenschaftlern weniger Marxisten? Doch auch bei Übersetzungen ins Englische wird der Begriff Krise, wenn er sich in der Originalsprache findet, vielfach anders übersetzt. So heißt bezeichnenderweise auch das, was die Deutschen Weltwirtschaftskrise nennen, im Englischen meist „Great Depression“, „Great Slump“, „Great Crasht“... – Keir Zweifel, daß aus solchen Unterschieden der Sprechweisen Schwierigkeiten erwachsen, wenn man über den Gegenstand „Krise“ international vergleichend diskutieren möchte.
- 4 W. Lexis, Krisen, in: *Wörterbuch der Volkswirtschaft*, hrsg. von L. Elster, Bd. 2, Jena 1898, S. 119.
- 5 W. Sombart, *Versuche einer Systematik der Wirtschaftskrisen*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Bd. 19 (1904), S. 1-21.
- 6 W. Lexis (Anm. 3), S. 120.
- 7 W. Sombart (Anm. 4), S. 20.
- 8 J. A. Schumpeter, *Geschichte der ökonomischen Analyse*, Göttingen 1965, S. 1363.
- 9 Der bedeutende deutsche Konjunkturforscher Arthur Spiethoff konnte deshalb 1925 schreiben: „Die Krise geht weniger als die Übererzeugung aus dem Innersten der Volkswirtschaft hervor, ja sie kann solche Sondergebiete treffen, daß sie Oberflächenerscheinung bleibt und außerhalb des volkswirtschaftlichen Kreislaufs fällt. Sie ist nicht unrennbar mit den Wechselagen verknüpft.“ A. Spiethoff, *Krisen*, in: *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, hrsg. von L. Elster u.a., Bd. 6, Jena 1925, S. 26.

Wandlungen im Denken über wirtschaftliche Krisen

- 10 A. Schumpeter, *Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses*, Göttingen 1961, S. 11 (englische Ausgabe New York 1939).
- 11 Statt vieler Einzelbelege siehe J. J. van Duijn, *The Long Waves in Economic Life*, London 1982.
- 12 „Den historischen Reproduktionsprozeß des Kapitalismus unter dem Krisenaspekt zu analysieren, heißt daher auch, Impulse für den Kampf um einen fortschrittlichen Weg aus der allgemeinen Krise des Kapitalismus zu geben.“ H. Mottek, *Die Krisen und die Entwicklung des Kapitalismus*, Berlin (-Ost) 1982, S. 7.
- 13 R. B. Day, *The „Crisis“ and the „Crash“*, *Soviet Studies of the West (1917-1939)*, London 1981.
- 14 J. A. Schumpeter, *Konjunkturzyklen (Anm. 9)*, S. 5.
- 15 Wenn es auch im Anschluß an die „General Theory“ noch Versuche gegeben hat, eine Abfolge von Konjunkturzyklen theoretisch zu begründen, blieb doch über Jahrzehnte das leitende Bild der herrschenden Wirtschaftstheorie ein anderes. Man darf sich nicht durch den auch von Wissenschaftlern weiter verwendeten Begriff Konjunktur täuschen lassen. In zahlreichen Lehrbüchern der „Konjunkturtheorie“ kann man nichts über Zyklen lesen. Die Verfasser verstehen als Konjunktur jegliche Bewegung makroökonomischer Aggregate auf kurze und mittlere Frist.
- 16 A. Leijonhufvud, *Schools, ‚revolutions‘ and research programmes in economic theory*, in: S. J. Latsis (Hrsg.), *Method and Appraisal in Economics*, Cambridge 1976, S. 65ff.
- 17 Es muß allerdings betont werden, daß das sogenannte „keynesianische Instrumentarium“ älter ist als die keynesianische Theorie. Sein Einsatz fordert auch nicht unbedingt keynesianische Begründungen. Siehe T. W. Hutchison, *On Revolutions and Progress in Economic Knowledge*, Cambridge 1978, S. 175ff.; J. D. Tomlinson, *‚Keynesian Revolution‘ in Economic Policy-Making?* in: *The Economic History Review*, Bd. 37 (1984), S. 258ff.
- 18 Soder Titel des in Westdeutschland wirksamen Buches von Andreas Paulsen, *Neue Wirtschaftslehre. Eine Einführung in die Wirtschaftslehre von John Maynard Keynes*, Berlin 1950.
- 19 J. M. Keynes, *How to Avoid a Slump*, in: *The Times*, 12. Januar 1937; wieder abgedruckt in: *The Collected Writings of John Maynard Keynes*, Bd. 21: *Activities 1931-1939*, hrsg. von D. Moggridge, Cambridge 1982, S. 385.
- 20 W. Vogt, *Warum gibt es Massenarbeitslosigkeit?* in: *Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, Bd. 11 (1983), S. 387.
- 21 C. C. v. Weizsäcker, *Über die Unvermeidlichkeit von Konjunkturschwankungen, unveröffentlichtes Manuskript (1982?)*.
- 22 K. Borchardt, *Können Gesellschaften aus Wirtschaftskrisen lernen? Festansprache bei der Jahresversammlung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft 1985*, S. 24; englische Übersetzung: *Can Societies Learn from Economic Crises?* in: *German Yearbook on Business History* 1984, Berlin u.a. 1985, S. 13-24.
- 23 Siehe hierzu u.a. H. Albach, *Kampf ums Überleben: Der Ernstfall als Normalfall für Unternehmen in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung*, in: R. Altmann u.a., *Der Ernstfall (Schriften der Carl Friedrich von Siemens Stiftung, Bd. 2)*, Frankfurt a. M. 1979, S. 124-141.
- 24 Hierzu interessant Ch. P. Kindleberger, *Manias, Panics and Crashes: A History of Financial Crises*, New York 1978.
- 25 Im sozialistischen Jugoslawien sanken von 1979 bis 1984 die Reallöhne um 30 Prozent! Zu dieser Entwicklung und zu den Krisen in den osteuropäischen Staaten siehe: *Economic Survey of Europe in 1984-1985*, hrsg. United Nations Economic Commission for Europe, New York 1985. Zum Problem von zyklischen Erscheinungen in Planwirtschaften siehe u.a. Z. Sabov, *Zyklische wirtschaftliche Aktivitätsschwankungen in sozialistischen Planwirtschaften*, Berlin 1983.